

Prof. em. Dr. rer. pol. Stefan Tangermann – ehem. Direktor für Handel und Landwirtschaft bei der OECD
Dr.-Ing. Detlef Ahlborn – Vor dem Scheuerchen 17 – 37242 Großalmerode

Herrn Rainer Baake
Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
Scharnhorststraße 34-37
10115 Berlin

OFFENER BRIEF

Irreführende Aussagen in Ihrem Namensartikel in der ZEIT **Steuerfinanzierte Fehlinformation der Bevölkerung**

18. Dezember 2014

Sehr geehrter Herr Baake,

in der ZEIT vom 4. Dezember 2014 beschrieb Herr Frank Drieschner, warum die Energiewende-Politik, insbesondere der subventionierte Ausbau von wetterabhängigen Stromerzeugungsanlagen, mittelbar den CO₂ - Ausstoß erhöht.

Der ZEIT-Journalist zitiert dabei Ihren Nachfolger bei AGORA-Energiewende, Herrn Dr. Patrick Graichen, der dieses „schmutzige Geheimnis“ freimütig zugab und auf einen „kollektiven Irrtum der Gutachter“ sowie auf grundlegende Fehleinschätzungen verwies.

Die in jenem ZEIT-Artikel dargelegten ökonomischen Zusammenhänge sind der informierten und interessierten Öffentlichkeit seit langem bekannt. Dass die derzeitige deutsche „Energiewende“ keinen sinnvollen Beitrag zum Klimaschutz leistet, sondern diesen nur unnötig verteuert, wird von der Expertenkommission für Forschung und Innovation, vom wissenschaftlichen Beirat am BMWi, vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und vielen weiteren unabhängigen Wissenschaftlern seit Jahren immer wieder herausgestellt.

Als Vertreter und Unterstützer des bundesweiten Bündnisses von Initiativen, die sich für eine ökologisch und ökonomisch vernünftige Energiepolitik einsetzen, sahen wir es als unsere Pflicht an, Herrn Dr. Graichen über weitere fundamentale Irrtümer und den aktuellen Stand der Wissenschaft in Kenntnis zu setzen.

Die wichtigsten Punkte, die wir Ihrem Nachfolger bei AGORA mit Brief vom 11. Dezember 2014 vermittelten, finden Sie im Internet unter www.vernunftkraft.de/irrtuemer ausführlich belegt. An dieser Stelle seien sie noch einmal kurz aufgeführt:

1. Die (von AGORA als These Nr. 3 propagierte) zentrale Prämisse der Energiewende-Politik, wonach sich „Windkraft und Photovoltaik gegenseitig ergänzen“, trifft nicht zu.
2. Die Vorstellung, dass ein weiterer, in Deutschland regional verteilter Ausbau von Windkraft und PV zu einer relevanten Glättung der Einspeiseleistung oder zur Ausbildung einer Grundlast („irgendwo weht immer Wind“) führt, ist falsch.
3. Die von AGORA als These Nr. 4 verbreitete Aussage, dass sich Schwankungen in der Einspeisung über lange Distanzen ausgleichen, ist ebenfalls falsch.
4. Das Power-to-Gas-Verfahren bietet keine Aussicht auf eine ökonomisch/ökologisch vertretbare Lösung des Speicherproblems.
5. Diese „Energiewende“ ist mit Blick auf die Stromversorgung nicht ökologisch.

Auf jenen Artikel vom 4. Dezember, in dem Herr Dr. Graichen eine Korrektur bisheriger Politik andeutete, reagierten Sie am 11. Dezember mit einem umfangreichen Namensartikel.

Ihre Abhandlung mit dem Titel „Saubere Wende“ enthält Falschaussagen und ist irreführend.

Sie schreiben:

„Im Jahr 2000 beschloss der Bundestag das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), und die damalige Bundesregierung einigte sich mit der Industrie auf einen Fahrplan zum Ausstieg aus der Kernenergie. Seitdem ist die jährliche Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien um 114 Terawattstunden (TWh) gewachsen, die aus Kernkraftwerken um 72 TWh gesunken. Zusätzlicher Strom aus erneuerbaren Energien hat das Abschalten von Kernkraftwerken also mehr als kompensiert. Außerdem wurde fossile Stromproduktion für den heimischen Markt verdrängt. Trotzdem verblieb die Stromproduktion aus fossilen Kraftwerken in Deutschland auf gleichem Niveau.“

Richtig ist:

Es ist sachlich nicht gerechtfertigt, produzierte Strommengen zu vergleichen, ohne dabei den grundlegenden qualitativen Unterschied des Stroms zu erwähnen. Strom aus Kernkraftwerken steht stets zur Verfügung und kann die bedarfsgerechte Versorgung gewährleisten. Strom aus EEG-Anlagen ist größtenteils zufallsabhängig – gemessen am Bedarf steht meistens zu wenig, gelegentlich zu viel, aber nie die richtige Menge davon zur Verfügung. Genau deswegen hat der Strom aus EEG-Anlagen keine einzige Kilowattstunde aus Kernenergie „kompensiert“. Die Kompensation grundlastfähigen Stroms kann nur durch grundlastfähigen Strom erfolgen. Genau deswegen konnte auch die Stromproduktion aus fossilen Kraftwerken nicht zurückgehen.

Sie schreiben:

„Die CO₂-Emissionen der Stromproduktion in Deutschland sanken zunächst von 319 Millionen Tonnen im Jahr 2000 auf 294 Millionen im Jahr 2009. Seitdem aber steigen sie wieder; 2013 lagen sie bei 317 Millionen Tonnen, und das obwohl der Ausbau der erneuerbaren Energien die Abschaltung von Kernkraftwerken deutlich überkompensiert hat.“

Richtig ist:

Der Grund für das Ansteigen der Emissionen liegt fast ausschließlich im Abschalten der Kernkraftwerke. Deren Produktionsausfall musste durch geeigneten, grundlastfähigen Strom kompensiert werden (s.o.). Der Ausbau der Erzeugungsanlagen für Zufallsstrom ist davon völlig unabhängig. Wer Atom abschaltet, bekommt Kohle – so einfach ist das.

Sie schreiben:

„Im Ergebnis haben wir heute am EU-Emissionshandelsmarkt einen Zertifikateüberschuss von über zwei Milliarden Euro. Der Preis, der für CO₂-Emissionen zu bezahlen ist, liegt seither im Keller. Wenn aber CO₂ billig ist, verdrängt die Braunkohle die Steinkohle - und die Steinkohle das Erdgas. Die Folge: Emissionsarme Gaskraftwerke stehen still, in Deutschland und in den Nachbarländern - verdrängt durch Kohlestrom, der sich rechnet, weil fossile Kraftwerke unsere Atmosphäre nahezu kostenlos als Deponie für CO₂ nutzen dürfen. Das also ist das "schmutzige Geheimnis", nur hat es mit der deutschen Energiewende nichts zu tun.“

Richtig ist:

Erstens:

Der Emissionshandel ist als marktwirtschaftliches, mengenbezogenes Steuerungsinstrument konzipiert. Eine Diskussion über die „angemessene“ Höhe des Zertifikatepreises ist schon im Ansatz verkehrt. Der Preis ist ja gerade der Freiheitsgrad des Systems, die endogene Variable. Solange es keinen Hinweis auf Betrug gibt – sei es, dass Unternehmen ohne den Erwerb von Zertifikaten illegal Emissionen getätigt hätten –, ist es unangebracht, von einem „Versagen“ dieses Marktes auszugehen. Die Höhe der politisch als zulässig definierten Emissionen ist schließlich über die Menge (nicht den Preis!) der Zertifikate bestimmt. Hier in eine Preisdiskussion einzusteigen und den ehemaligen Minister Dr. Rösler zu rügen, dass dieser sich einer Manipulation des Marktes seinerzeit widersetzte, zeugt von planwirtschaftlichem Politikverständnis und dem Bedürfnis einen „Schuldigen“ zu finden.

Zweitens:

Der „zu geringe“ Preis der Zertifikate hängt in der Tat mit der Wirtschaftskrise in Europa zusammen, in der weniger produziert und damit emittiert wurde. Ein weiterer Grund für den Preisrückgang liegt jedoch im subventionierten Ausbau von Windkraft- und Photovoltaik in Deutschland. Das deutsche EEG hat den europäischen Zertifikatemarkt untergraben. Dies hat der wissenschaftliche Beirat des Bundesministeriums, dem Sie mittlerweile in leitender Funktion angehören, bereits 2004 und 2010 dezidiert dargelegt. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage hat dies ebenfalls wiederholt herausgestellt.

Drittens:

Selbst wenn man Ihrem planwirtschaftlichen Ansatz folgen und - die Grundidee des Zertifikatehandels konterkarierend - tatsächlich über Preismanipulationen die Kohleverstromung zurückdrängen will, so muss man dieses Vorhaben als unmöglich einstufen: Um Stromerzeugung aus Gas gegenüber Stromerzeugung aus Kohle wettbewerbsfähig zu machen, müsste der Zertifikatepreis mindestens verzwanzigfach werden. Im europäischen Kontext ist ein derart krasser Eingriff nicht durchsetzbar.

Sie schreiben:

„Unser zukünftiges Stromsystem wird sehr dezentral sein. (...) Die Energiewende in Deutschland wird sich vor allem auf Windkraftanlagen und Photovoltaik (PV) stützen. Nur mit diesen kann regenerativer Strom in ausreichender Menge und kostengünstig hergestellt werden.“

Richtig ist:

„Niemand kann wissen, wie das Stromversorgungssystem der Zukunft aussehen wird“, schreiben die Wirtschaftsweisen in ihrem Jahresgutachten. Dagegen mutet Ihr hellseherischer Anspruch anmaßend an. Die „Anmaßung von Wissen“ (F.A. v. Hayek) ist bekanntlich ein Grundproblem der von Ihnen propagierten bürokratischen, marktfernen Steuerung.

Die Einspeisung aus Windkraft und Photovoltaik beläuft sich immer wieder auf Werte nahe bei Null. Der von Ihnen durch Unterlassen jeder Subventionskürzung im Rahmen der EEG-„Reform“ weiter forcierte rasante Ausbau der entsprechenden Anlagen wird daran nichts ändern. Alle bekannten Probleme, wie fehlende Grundlastfähigkeit und ausgeprägte Lastspitzen, werden sich weiter verschärfen. Stets und immer wird ein voll funktionsfähiger konventioneller Kraftwerkspark benötigt. Dass Windkraft und PV keine ökonomisch vertretbare Lösung für unsere Energieversorgung bieten, wird immer wieder aufs Neue bewiesen. Sie verbreiten eine **Vision**. Bei Lichte betrachtet handelt es sich dabei um ein **Horrorszenario**:

Wollte man nur ein Viertel des aktuellen Strombedarfs durch Windkraft decken, so impliziert dies – selbst wenn das Power-to-Gas-Verfahren flächendeckend eingesetzt würde und das perfekte Stromnetz bereits existierte –, dass wir unser ganzes Land von Flensburg bis Berchtesgaden und von Aachen bis Görlitz mit Windparks zupflastern müssten. Wir hätten dann im Durchschnitt **alle 7,3 km je einen Windpark à 10 Anlagen** zu errichten.¹

¹ Die Berechnung finden Sie unter www.vernunftkraft.de/dreisatz

Von den astronomischen Kosten dieser rein additiven Infrastruktur ganz abgesehen, ist damit klar, dass noch der letzte naturnahe Winkel unseres Landes durch dieses Vorhaben zur Industriezone würde. Der Anteil der Windkraft am Energieverbrauch wäre auch nach Umsetzung dieser Schreckensvision noch lächerlich gering: Aktuell beträgt dieser 1,3% - selbst bei einer Verdreifachung der Erzeugungskapazitäten würde die Windkraft vermutlich an der 5%-Hürde scheitern.

Sie schreiben:

„Die erste Lektion lautet: Je besser wir uns in Deutschland und Europa mit Netzen verbinden, umso einfacher und kostengünstiger wird die Energiewende. Weil der Wind nicht überall gleich stark weht und die Sonne je nach Wetter in den Regionen unterschiedlich stark scheint, müssen die Schwankungen durch Netze ausgeglichen werden.“

Richtig ist:

Nicht einmal in einem hypothetischen europaweiten Verbundnetz zwischen Atlantik und Ural lässt sich mit Windkraft eine Grundlastsicherung bewerkstelligen. Auch über ganz Europa gibt es Großwetterlagen, bei denen überall praktisch Windstille herrscht. Die ökologischen und ökonomischen Implikationen sind verheerend: Selbst wenn es in den Ländern der EU einen Ausgleich der Einspeisung gäbe (was nicht der Fall ist), bräuchte man für eine gesicherte Stromversorgung der Hälfte der elektrischen Energie 350.000 Windkraftanlagen mit einer Nennleistung von je 3 MW. Würde man den zum Bau erforderlichen Kies mit einem Güterzug transportieren, so hätte dieser eine Länge von rund 200.000 km.²

Sie schreiben:

„Unser System muss flexibler werden. (...) Damit sind (...) auch Nachfrageflexibilität und Speicher gemeint.“

Richtig ist:

„Nachfrageflexibilität“ bedeutet nichts anderes als **Rationierung**. Eine wettbewerbsfähige, sichere und bedarfsgerechte Versorgung mit elektrischer Energie ist Voraussetzung für industrielle Produktion. Auf Rationierung wird sich kein Unternehmer einlassen, solange in vielen anderen Staaten der Erde angemessene Produktionsbedingungen vorzufinden sind. Sie legen mit dieser Vision die Axt an unseren Industriestandort. Wirtschaftlich und technisch darstellbare „Speicher“ sind nicht ansatzweise in Sicht.

Sie schreiben:

„Die dritte Option: Wir verkaufen den Strom an Kunden in den Nachbarländern.“

Richtig ist:

Wenn in Deutschland viel Wind weht, weht auch in den Nachbarländern viel Wind. Wenn wir ein „Entsorgungsproblem“ haben, haben unsere Nachbarn ebenfalls eines. Dass jemand Interesse an unserem „Ökostrom“ hat, ist nur denkbar, wenn im Ausland keine entsprechenden Anlagen errichtet werden. Wie das mit Ihrem Vorschlag des europaweiten Ausbaus zusammenpasst, bleibt Ihr Geheimnis.

Sie schreiben:

„Strom wurde im Jahr 2013 für durchschnittlich 52 Euro pro MWh in Nachbarländer exportiert und für 49 Euro pro MWh importiert. Wir verkaufen Strom also teurer, als wir ihn importieren.“

Richtig ist:

Diesen Exportüberschuss als lukratives Geschäft darzustellen, ist grotesk. Hier wird unterschlagen, dass deutsche Verbraucher die Produktion des exportierten Stroms mit einem vielfach über dem Marktpreis liegenden Satz zwangsvergüten mussten.

² Zur Herleitung dieses Ergebnisses siehe: www.vernunftkraft.de/irrtuemer

Sie schreiben:

„Wir müssen zeigen, dass es möglich ist, eines der größten Industrieländer der Welt mit wachsenden Anteilen erneuerbarer Energien zuverlässig und mit bezahlbaren Preisen zu versorgen. Die Welt beobachtet uns sehr genau. Wenn uns der Umstieg auf regenerative Quellen gelingt und Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Industrie erhalten bleiben, dann wird dieses Beispiel der größte Beitrag sein, den Deutschland im Kampf gegen den Klimawandel leisten kann.“

Richtig ist:

Dass uns die Welt genau beobachtet, stimmt. So schreibt bspw. der niederländische Klimaforscher Richard Tol, dass „*die Deutschen sich zur Witzfigur machen*“, (FAZ vom 17. August 2014), indem sie mit einer lächerlich naiven Energiepolitik ihre Industrie aus dem Land treiben, ohne irgendeinen positiven Effekt auf das Klima zu entfalten. Vor diesem Hintergrund haben wir in der Tat eine Verantwortung für die Welt – nämlich dieser nicht länger ein abschreckendes Beispiel zu liefern.

Der größte Beitrag, den Deutschland im „Kampf gegen den Klimawandel“ leisten kann, ist, diese in ihrer Wirkung zerstörerische „Energiewende“-Politik sofort zu beenden.

Insbesondere der grassierende Ausbau von Windkraftanlagen in unseren Wäldern ist ein untragbarer Zustand. Pro Anlage wird dabei ungefähr ein ha Wald dauerhaft vernichtet, der zuvor ungefähr 10 Tonnen CO₂ pro Jahr gespeichert hatte – von den weiteren wichtigen ökologischen Funktionen des Waldes ganz zu schweigen.

Dieser sinnlose Raubbau an unserer Natur verbietet uns jedes Gefühl der moralischen Überlegenheit gegenüber Regierungen aus anderen Weltregionen, die aus materieller Not heraus Raubbau an ihrer Natur, bspw. dem tropischen Regenwald, begehen.

Sehr geehrter Herr Baake,

mit Ihrem Namensartikel erzeugen Sie eine **Machbarkeitsillusion** bezüglich einer Energiewende auf Basis von Windkraft und Photovoltaik und **verschweigen die ökonomischen und ökologischen Implikationen** Ihrer Visionen.

Herr Frank Dierschner schreibt in eingangs erwähntem ZEIT-Artikel weiterhin:

„rund um die Erneuerbaren Energien Branche ist ein regelrechter **politisch-ökonomischer Komplex** herangewachsen. In seinem Einfluss ist er wahrscheinlich nur mit der Atomwirtschaft im vergangenen Jahrhundert vergleichbar. Alle Akteure in diesem Komplex **verbindet ein Interesse: Probleme der Energiewende müssen lösbar erscheinen, damit die Wind- und die Sonnenbranche weiter subventioniert werden.**“

Genau diesem „verbindendem Interesse“ dient Ihr Namensartikel.

Eine Interpretation Ihres Tuns haben die Autoren Maxeiner und Miersch bereits vor einem Jahr geliefert. „[Die Windkraftlobby ist Staatssekretär bei Gabriel](#)“ kommentierten diese Ihre Nominierung.

Für diese Interpretation spricht der zweite im Betreff genannte Punkt. Seit Ihrer Amtsübernahme mutet der Internetauftritt des BMWi und die gesamte Öffentlichkeitsarbeit an, als habe der Bundesverband Windenergie die Vorlagen erstellt. Überall sind Windkraftanlagen zu sehen, stets in positiver fotografischer Darstellung, wie es in Werbebroschüren üblich ist.

Dies wäre als Geschmacksfrage abzutun, wenn diese Werbebroschüren nicht

- a) aus öffentlichen Mitteln finanziert würden und
- b) zudem ein dezidiert falsches Bild der Realität zeichnen und damit
- c) einen zerstörerischen politischen Kurs propagandistisch untermauern

würden.

Für diese Werbemaßnahmen sind Sie – als zuständiger Staatssekretär – fachlich verantwortlich. Nach unserer Einschätzung werden Sie damit einer fachlich korrekten, sparsamen Haushaltsführung nicht gerecht. Symptomatisch ist dieses Plakat, welches dem STERN vom 11. Dezember 2014 beilag:



Die Energiewende

Ein gutes Stück Arbeit.

Gut für sichere Energie. Gut für sichere Jobs.

 Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Wir haben viel geschafft – und schaffen jeden Tag mehr: höhere Energieeffizienz, sichere Arbeitsplätze, Know-how für die Zukunft, nachhaltiges Wachstum und mehr Lebensqualität für alle. Was wir schon erreicht haben und was noch vor uns liegt, erfahren Sie unter www.bmwi.de/go/energiewende

Energie wende Leben hat den auf Natur

Der Bundesverband Windenergie hätte dies nicht werbedienlicher darstellen können.

Die Aussage, dass man mit der Energiewende „sichere Arbeitsplätze“ und „mehr Lebensqualität für alle“ geschaffen habe, ist ein Schlag ins Gesicht all derer, die

- a) wegen ebendieser Politik um ihre Arbeitsplätze fürchten müssen (eine schleichende De-industrialisierung ist bereits im Gange)
- b) wegen ebendieser Politik ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können (Energiearmut greift immer mehr um sich)
- c) sich in über 500 Bürgerinitiativen unter Aufopferung von Lebenszeit und -qualität dafür einsetzen, die im Zuge der Energiewende grassierende Naturzerstörung aufzuhalten.

Die von der Realität maximal entfernten Aussagen dieser steuerfinanzierten Werbemaßnahmen stehen in bemerkenswertem Kontrast zu den realistischen Einschätzungen des Herrn Bundesministers:

„Bei der Energiewende passt fast nichts zusammen.“

(Stuttgarter Nachrichten, 26.11.2014)

„Die Österreicher kommen wegen unserer Energiewende vor Lachen nicht in den Schlaf.“

(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.11.2014)

„Bei der Energiewende herrschen irre Zustände“

(SPIEGEL online, 4.11.2014)

„Die Wahrheit ist, dass die Energiewende kurz vor dem Scheitern steht. In Europa halten uns sowieso alle für Bekloppte“.

(Hessischer Rundfunk, 17.4.2014)

„Die Wahrheit ist, dass wir auf allen Feldern die Komplexität der Energiewende unterschätzt haben“

(Hessischer Rundfunk, 17.4.2014)

Allein schon dieser intraministerielle Widerspruch bedingt, dass diese Werbeausgaben nicht mit Steuermitteln hätten finanziert werden dürfen. Nach unserem Demokratieverständnis gehören derartige „Meinungsverschiedenheiten“ nicht über steuerfinanzierte Öffentlichkeitsarbeit vernebelt, sondern intern geklärt.

Wir fassen zusammen:

Diese Energiewende ist bereits gescheitert.

Der fortwährende Versuch, dieses Scheitern zu verschleiern und zwingende physikalische Gesetze zu überlisten, verursacht großen Schaden. In ökonomischer, in ökologischer und in sozialer Hinsicht.

Sie propagieren eine Politik, die nachweislich nicht funktionieren kann und unserem Land schadet. Wie Sie dies mit Ihrem Amt als Staatssekretär vereinbaren können, erschließt sich uns nicht.

Seien Sie sich bewusst, dass eine fachlich versierte Öffentlichkeit jeden Ihrer Schritte genau beobachtet. Bei der Rückkehr zu energiepolitischer Vernunft stehen wir Ihnen gerne mit Rat zur Seite.

Mit freundlichen Grüßen



Dr.-Ing.

Detlef Ahlborn

Fachbereich Technologie



Prof. Dr. rer.pol.

Stefan Tangermann

Unterstützer